

Städte bereit für erste C-City-Konferenz

Vom 12. bis 14. Mai bereiten Gütersloh und seine Partnerstädte das Programm für 2025 vor. Andreas Kimpel begründet, warum Rshew nicht dazugehört: „Es gab seit Langem keine Reaktion mehr auf unsere Anfragen.“

Matthias Gans

■ **Gütersloh.** Das Projekt C-City tritt mit der Auftaktkonferenz vom 12. bis 14. Mai in seine nächste Stufe. Allein aus den vier Partnerstädten haben sich 40 Teilnehmer angemeldet, um das Programm für das Jahr 2025 zum 200-jährigen Bestehen der Austragungsstadt Gütersloh weiterzuentwickeln. 70 Interessierte aus Gütersloh – Künstler und Kulturmacher, Einzelpersonen wie auch Vertreter von Vereinen und Institutionen – haben sich angemeldet. Weitere Anmeldungen werden bis zum 27. April unter www.c-city.eu entgegengenommen. Unter dieser neuen Adresse finden sich nicht nur alle Infos zum Ablauf der hauptsächlich in englischer Sprache geführten Konferenz, sondern auch Einzelheiten zu dem von Güterslohs Kulturdezernent Andreas Kimpel erfundenen Projekt.

Ziel ist es, dass die beteiligten Städte unter dem Motto „Cultural City – Europa liegt nebenan“ ein europaweites KulturNetzwerk aufbauen, aus dem ab 2025 jährlich ein Programm erwachsen kann. „Das Projekt soll kleinere Städte, die oftmals im Schatten der Metropolen agieren, ins Rampenlicht holen. Diese Städte sollen von der Größe her zusammenpassen und willens und in der Lage sein, ihr kulturelles Potenzial zu heben“, erläutert Kimpel seine Idee.

Über mehrere Zoom-Konferenzen wurden bereits Themenfelder abgesteckt und Möglichkeiten zur Zusammenarbeit ausgelotet. Im Mittelpunkt soll die Aufführung von Hans Werner Henzes Kinderoper „Pollicino“ stehen. Die Produktion soll nicht nur Teilnehmer aller Partnerstädte zusammenbringen, sondern auch



Kulturdezernent Andreas Kimpel (l.) und Projektleiter Volker Verhoff laden zur ersten C-City-Konferenz in Gütersloh ein. Foto: Matthias Gans

in allen beteiligten Kommunen gezeigt werden. Weitere Themenfelder sind Sport/essen/Nachhaltigkeit, Musik/Theater/Tanz, Erinnerungskultur/Brauchtum sowie bildende Kunst und Kunst im öffentlichen Raum.

Mittlerweile ist Kimpels Idee auch unter dem Schlagwort „Urban Diplomacy“ auch Bestandteil der Regierungsarbeit im Bund. Daher wird Irmgard Maria Fellner, Beauftragte für auswärtige Kulturpolitik im Auswärtigen Amt, per Live-Stream für eine Keynote zugeschaltet. Stephan Holthoff-Pförtner, NRW-Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, hält einen Impulsvortrag zu C-City. Malte Tim

Zabel, Co-Director des Programms „Europas Zukunft“ der Bertelsmann-Stiftung, referiert zum Thema „Den europäischen Zusammenhalt leben“, und Lotte Footh, Leiterin von Europe Direct Kreis Gütersloh, die regionale Perspektive dazu beisteuern.

Kimpel ist sich angesichts dieser politischen Dimension der Verantwortung des Gütersloher Projekts bewusst: „Wir müssen unseren Job gut machen, um zu zeigen, dass so etwas gelingen kann.“

Neben zwei umfangreichen Workshops zu den genannten Themenfeldern wird nicht nur Zeit für Diskussionen und zum Knüpfen von Kontakten sowie für Exkursionen sein. Auch

gemeinsame Freizeit beim Kegeln und ein Freitag18-Konzert auf dem Dreiecksplatz sind zum zwanglosen Kennenlernen vorgesehen.

Zudem wird derzeit laut Kimpel eine Charta auf der Basis der europäischen Menschenrechtskonvention ausgearbeitet, die alle Teilnehmer per Unterschrift zur Achtung der Grund- und Menschenrechte verpflichtet. Dass Rshew diese Unterschrift nicht gut hätte leisten können, dessen ist sich Kimpel angesichts von Putins Aggression gegenüber der Ukraine sicher. Einige Partnerstädte hätten daher darauf gedrungen, dass sich Güterslohs russische Partnerkommune von Putins Kriegspolitik dis-

tanziert. Eine Aufforderung, bis Ende März dazu Stellung zu nehmen, blieb unbeantwortet. Daher hatte die Stadt die Partnerschaft zu Rshew auf Eis gelegt. Doch das Verhältnis war laut Kimpel schon seit Längerem angeschlagen. „Seit fast einem Jahr bleiben Einladungen und Mails ohne Antwort, wir erhalten keine Reaktionen mehr.“ Auch wenn „Kultur ein wichtiger Brückenbauer zwischen den Nationen und Friedensarbeit ist“, seien Menschenrechte die Grundlage all dessen. Das gelte für alle beteiligten Länder, sagt Kimpel wohl auch mit Blick nach Frankreich, wo die rechtsextreme Marine Le Pen erstmals Präsidentin werden kann.